

## LESEROBMANN

### Die Kugel ist rund



REINHARD OLDEHEWE  
TELEFON: 0371 656-65666 (10-12 Uhr)  
TELEFAX: 0371 656-17041  
E-MAIL: leser-obmann@freiepresse.de

Kurze Vorwarnung: Ich nenne jetzt gleich drei Fremdwörter, die Sie, liebe Leser, möglicherweise noch nie gehört oder gelesen haben. Mein Ziel ist nicht, Sie verwirren oder belehren zu wollen oder mich im Glanze meines Wissens zu sonnen. Meine Absicht ist für meine Kolumne die gewohnte: Ich berichte von meiner Arbeit. Denn das Oxymoron, die Tautologie und der Pleonasmus gehören zu meinem Alltagsgeschäft, weil Leser mich deswegen anrufen; aber der Reihe nach:

„Ich lese Ihnen mal einen Satz vor, und Sie sagen mir, ob Ihnen etwas auffällt“, meinte eine Anruferin und zitierte aus einem Bericht, „... erreichte er mit eiskalten Fußzehen das Biwak“. Nun denn, geschult und erfahren, wie ich bin, erkannte ich den Fehler und erwiderte: „Fußzehe ist ein Pleonasmus, denn die Zehe gehört immer zum Fuß, weshalb das Wort allein ausreicht, denn man spricht ja auch nicht von Handfingern.“ Die Frau lachte, wir haben dann noch weitere Pleonasmen ausgetauscht, von denen wir meinen, dass viele sie eher gedankenlos schreiben oder sagen: rabenschwarz, Augenoptiker oder Schießgewehr. Bedeutet: Die zweite Worthälfte braucht die erste nicht.

Diesen Hinweis habe ich auch nicht zum ersten Mal gehört. Der Leser zitierte aus dem Vorspann des Artikels „Die Traumschiffe sollen sauberer werden“, „Die Alternative heißt Flüssiggas.“ Mir war klar, was er meinte, denn es gibt die Aggregatzustände flüssig und gasförmig, beides gleichzeitig geht aber nicht. Also erwiderte ich: „Bittersüß und Hassliebe. Sie haben recht, die zusammengesetzten Wörter stehen im Widerspruch zueinander.“ Dass solch ein Oxymoron aber (wie Flüssiggas) im Sprachgebrauch fest etabliert ist, ändere nach Ansicht des Anrufers nichts daran, dass man sich dieses Widerspruchs in sich bewusst sein sollte. Er nannte mir noch diese Beispiele für Oxymora, die er „mit schöner Regelmäßigkeit in Nachrichten höre oder lese“: Minuswachstum und Regelausnahme.

Jeder kennt den weißen Schimmel, die tote Leiche oder die runde Kugel, weshalb diese Beispiele wohl die bekanntesten für Tautologien sind. Der Experte nennt das eine semantische Redundanz, der Laie spricht von doppelt gemoppelt. So etwas fließt mir und meinen Kollegen nie aus der Feder? Na ja, so ganz ist das nicht die Wahrheit, denn dies sind Beispiele für vermeintliche Tautologien, die in der „Freien Presse“ zu lesen waren und über die ich am Telefon gesprochen habe.

„... und trat danach keiner politischen Partei mehr bei“, zitierte ein Leser aus einem Bericht über einen Ex-Abgeordneten. Politische Partei? Gleich mehrere Anrufer wiesen mich (schon etwas länger her) auf diese Überschrift hin, sie nahmen es aber alle mit Humor: „Viel Gefühl auf kaltem Eis“. Die Tautologie, auf die ich am häufigsten angesprochen werde, steht in diesem Satz: „Frisch renoviert sind sie eine Augenweide für jeden Theatergast.“ Und? Erkannst? Eine aktuelle habe ich auch noch: „... sollen die rund 500 fossilen Kohlekraftwerke ...“

## HINWEIS

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinnwahrend zu bearbeiten. Leserbriefe geben stets die Meinung ihres Verfassers und nicht die der Redaktion wieder. E-Mails müssen die vollständige Adresse enthalten. Anonyme Zuschriften werden grundsätzlich nicht veröffentlicht.

# Der Hydra alle Köpfe abschlagen

In ihren Meinungen zu den Berichten „Paradise Papers“: Neue Enthüllungen zu Steueroasen“ und dem Leitartikel „Parallelgesellschaft im Paradies“ sind sich die Leser weitgehend einig: Gerechtigkeit sieht anders aus.

## Erlaubt, was nicht verboten ist

Wenn sich ein ehemaliger Finanzminister mit einem unterdrückten Lächeln dafür entschuldigt, dass er der (selbstgeschaffenen) Hydra nur zwei Köpfe abschlagen kann, aber gleich drei nachwachsen, sollte man wissen, dass er damit 32 Milliarden Steuerverlust pro Jahr für dieses Land akzeptiert. Bislang bin ich davon ausgegangen, dass man zwei Dingen auf dieser Welt nicht ausweichen kann: dem Tod und dem Finanzamt. Es ist das Verdienst des investigativen Journalismus umzu-denken. Letzteres trifft nur für den Normalbürger zu. Für die Reichen, die Multis zeigen Offshore-Dienstleister Möglichkeiten auf, wie man sich bereits in Diesseits den Zwängen wie Steuern, Regulierungen und der gesellschaftlichen Verantwortung mit größter Selbstverständlichkeit entziehen kann. Die Steuerparadiese tragen dazu bei, Bilanzen zu optimieren, Interessenkonflikte zu verbergen, und sie überbieten sich mit fiskalischen Sonderangeboten. Mehrwertsteuer bei Einfuhr von Privatjets in die EU? Kein Problem für Lewis Hamilton und die Isle of Man. Alles legal und wegen moralischer Verfehlungen ist noch keiner verurteilt worden, denn es ist erlaubt, was nicht verboten ist; Grundsatz des abendländischen Rechts. Hier wünsche ich mir ausnahmsweise eine andere Rechtsauffassung – es ist alles verboten, was nicht ausdrücklich erlaubt ist. Es steht in der Verantwortung der Regierungen, alle Köpfe dieser Hydra abzuschlagen; nur tun müssen sie es.

Achim Tröger, Zwickau



Die Botschaft der Deutschen Steuer-Gewerkschaft bei einer Demo ist unmissverständlich.

FOTO: SILAS STEIN/DPA

## Welche Gegenmaßnahmen?

Die aufgedeckten Steueroasen verdeutlichen wieder, wie Vermögende erfolgreich Steuerzahlungen stark reduzieren oder vermeiden können. Die „Paradise Papers“ belegten vorrangig Steuerhinterziehung und Korruption weltweit. Die „Paradise Papers“ zeigen, wie man mit Hilfe von Offshore-Anlageberatern Steuerzahlungen – rechtssicher oder nicht – vermeiden kann. Interessant sind die bekannten Nutzer: 120 Politiker aus 50 Ländern, Unternehmer und andere Vermögende. Es handelt sich um Leute, die sich solche Berater, Scheinfirmer, Anwälte etc. leisten können. Die anderen Bürger müssen ihre Steuern in der richtigen Höhe zahlen, sonst werden sie bestraft. Die jährlich entgangenen Steuern liegen im Milliardenbereich. Neben den unwichtigen Hinweisen über die Beteiligung von Putins Schwiegersohn oder die Beteiligung des US-Handelsministers, finde ich, sollten verstärkt grundsätzliche Fragen Deutschland betreffend in den Mittelpunkt gestellt werden. Dazu könnten gehören: Zu welchen

konkreten Maßnahmen hat die Auswertung in Deutschland bisher geführt? Warum werden die Missstände nicht von Prüfern der Finanzbehörden aufgedeckt? Sind die Umsatzsteuerprüfungen im kleinen Gemüseladen wichtiger? Seit wann sind die Sachverhalte den Finanzbehörden bzw. dem Ministerium bekannt? Warum haben die Behörden die Schließung etwaiger Gesetzeslücken, trotz der enormen volkswirtschaftlichen Schäden, bisher nicht veranlasst? Wer ist nun letztendlich für die entgangenen Steuern verantwortlich? Die kleinteiligen Rechtfertigungen des ehemaligen Finanzministers, wonach das alles schwierig, sehr langwierig, sehr komplex und nur weltweit bzw. europaweit lösbar sei, lässt den Verdacht aufkommen, es fehlt auch in Deutschland am politischen Willen. So wird es leider dabei bleiben, dass bei dem Angestellten Herrn Meier die Finanzamt intensiv prüft, ob die Fahrkilometer zur Arbeitsstelle in seiner Einkommenssteuererklärung richtig angegeben sind. Bei vermögenden Mitbürgern und Konzernen prüft der

Offshore-Berater, wie man weiterhin wenig oder nichts zahlt.  
Stephan Müller, Jahnsdorf

## Gier nach noch mehr Geld

Ein Unrecht rechtfertigt nicht des anderen Unrecht. Groß oder klein – es bleibt Unrecht. Zu klären wäre, warum des einen großes, gesellschaftlich schwerwiegendes Unrecht nicht gleichermaßen und verhältnismäßig zu Bagatelldelikten verfolgt wird und öffentliche Verachtung findet. Warum Schwarzfahrer eine im Verhältnis härtere Bestrafung erwarten müssen als Steuerbetrüger großen Stils, denen die Brücke zur Legalität noch gebaut wird und deren Aufdeckung eher dem Zufall geschuldet ist, sollte der Rechtsstaat begründen können. Der Unterschied wird dieser sein: Die einen betreiben den Betrug aus Gier nach Vermehrung ihres ohnehin großen Vermögens, während die anderen es oft aus Mittellosigkeit, Armut oder Hilflosigkeit tun. Den rechtstreuen Bürgern ist der Staat schuldig, gleiches Maß anzulegen.  
Roland Winkler, Aue

# Rücktritt wäre die richtige Konsequenz

## Zum Bericht „Wenn die Gesundheitsministerin den Ärzte-Chef liebt“:

In den neunziger Jahren trugen Kurt Biedenkopf und seine Frau durch ihre Darstellung als „Königspaar“ nicht gerade dazu bei, dass die Demokratie in Sachsen auf dem Boden blieb. Es ging ja Gott sei Dank nicht

viel Glanz auf Tillich über, der doch eher unaufgeregt war. Zum Schluss hat er aber mit der Ernennung seines Nachfolgers für meine Begriffe gepatzt. Nun gibt es schon wieder ein Problem, einen Interessenkonflikt zwischen der Gesundheitsministerin Barbara Klepsch und Erik Bodendieck, Präsident der Landesärztekammer. Der Grund ist ihre Be-

ziehung, die keine rein dienstliche mehr ist. Es reicht aber nicht, dass die beiden ihren Vorgesetzten das mitteilten. Klepsch kann ihre Funktion als Ministerin nicht mehr voll ausüben und sollte deshalb zurücktreten. Kompetenzen wurden ihr gestrichen, dann dürfte sie ja nur noch einen Teil ihres Gehaltes bekommen. Sie sollte zurücktreten, denn

eine Ministerin, die ihre Aufgaben nicht uneingeschränkt wahrnehmen kann, ist nicht tragbar. Ich spreche hier nicht von Krankheitsgründen usw., die eine vorübergehende Entbindung von Aufgaben erforderlich machen. Nein, es sind ganz private Gründe, ohne Not, die von vornherein klar waren.  
Karin Beier, Lichtenau

# Freilaufende Hunde sind realere Gefahr

Die Debatte über die Wiederansiedlung des Wolfs auch in Sachsen dauert an. Zu Berichten und Leserbriefen zu dem Thema haben uns weitere Meinungen erreicht.

## Diskussion ist unverständlich

Zum Leserbrief „Staat muss Bürger vor allen Gefahren schützen“: Die Diskussion um die Gefahr von Wölfen für den Menschen ist völlig unverständlich, das Bemühen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes neben der Sache. Es ist weder Aufgabe des Staates, noch kann er tatsächlich leisten, jeden Bürger vor jeder Gefahr zu schützen. Das Risiko, von einem Wolf angefallen zu werden, ist so hoch wie die

Wahrscheinlichkeit für sechs Richtige im Lotto. Da sollte man sich lieber um die Verwandten des Wolfes kümmern, denn die Gefahr, von einem freilaufenden Hund gebissen zu werden, besteht real jeden Tag bei jedem Spaziergang oder Waldlauf.  
Andreas Vogt, Großrückerswalde

## Warum besonderes Interesse?

Zur Fotonachricht „Erster Wolf im Erzgebirge nachgewiesen“: Mich beschäftigt die Frage nach dem Sinn einer Wolfsbeauftragten für den Erzgebirgskreis, da der Wolf ein recht scheues und den Menschen nicht gefährdendes Raubtier ist und offiziell seit langen Zeiten als ausgerottet galt. Gerade weil viele andere Waldbewohner im Erzgebirge unsere Aufmerksamkeit brauchen, bedarf dieses besondere Interesses durch eine Wolfsbeauftragte einer zusätzlichen Erläuterung. Ergänzend möchte ich anmerken, dass der Wolf nach



Der Wolf ist ein Raubtier – mit welchen Konsequenzen? FOTO: I. WAGNER/DPA

meinem Wissensstand nicht das einzige wieder einwandernde Tier in seine ehemaligen Verbreitungsgebiete sein soll. Kürzlich sei beispielsweise auch ein Elch im Erzgebirge gesichtet worden. Was sind die Ursachen für diese Art der „Migration“? Welche sind die besonderen

Aufgaben einer Wolfsbeauftragten im Erzgebirgskreis?  
Klaus Helbig, Bärenstein

## Problemtiere abschießen

Der Wolf ist ein Raubtier und wird es immer bleiben. Auch wenn das die Leute vom Nabu gern etwas anders darstellen. Wieder haben in jüngster Zeit Wölfe Schaffern angegriffen und Tiere gerissen. Ich vermisste eine klare Stellungnahme der Naturschützer, von ihnen wird nur das Raubtier Wolf in Schutz genommen. Der Wolf wird immer die Nähe von Menschen suchen, um seinen Hunger zu stillen, aber das kann nicht sein, dass dabei Nutztiere zu Schaden kommen. Hier kann es nur eine Antwort geben: Problemtiere müssen abgeschossen werden. Wie werden die Naturschutzfreunde reagieren, wenn der erste Mensch angefallen wird?  
Lothar Schumann, Chemnitz

# Geschädigt wurde die Umwelt

## Zum Bericht „VW soll Kunden Millionen Euro zahlen“:

Dass die Autobauer ihre Kunden belogen haben, ist nicht zu entschuldigen und verlangt nach Wiedergutmachung. Ich bezweifle aber, ob der gewählte Weg der richtige ist. Jeder der mehr als 15.000 Besitzer konnte und hat es auch sicher getan, sein Fahrzeug zweckgerichtet zu nutzen, ohne dass ihm messbare Nachteile entstanden sind. Geschädigt wurde dagegen die Umwelt und damit eigentlich jeder Erdenbewohner. Falls es um Gerechtigkeit und Wiedergutmachung geht, wäre es notwendig, dass die Hersteller verpflichtet werden, einen Teil ihrer Unternehmensgewinne so lange in einen globalen Umweltfonds abzuführen, bis die versprochenen Schadstoffwerte erreicht bzw. unterschritten werden. Damit ließe sich sicher so manches Umweltprojekt auch global einfach finanzieren. Dass die Klage noch unter Umgehung deutschen Rechts durchgesetzt werden soll, macht den Weg nur noch fragwürdiger. Und wo bleibt die Gleichbehandlung aller Autofahrer auch unter dem Blickwinkel der seit Jahrzehnten immer wieder festgestellten falschen Verbrauchswerte? Auch dafür wären Strafzahlungen in einen Umweltfonds ein Mittel, den Drang zur Wahrheit zu erhöhen.  
Heinz Langhammer, Chemnitz

# Chance zu einem echten Miteinander

## Zum Interview „Naivsein wird brutal bestraft“ mit dem Musiker Tobias Siebert:

Ich kann mich täuschen, aber ich denke, dass Siebert hier ein Klischee bedient, das sich hartnäckig hält; es ist die Illusion vom neidlosen Miteinander in der DDR. Zur Wendezeit war ich Mitte 30 und hatte einige Facetten des Lebens im real existierenden Sozialismus kennengelernt. Der Ostdeutsche war in seinen Möglichkeiten genauso deutsch wie die Menschen im Westen. Er war nicht besser und nicht schlechter, als hunderte von Generationen vor ihm. Auch wenn die Ostdeutschen sich und ihren ehemaligen Staat im Licht der Verklärung sehen; die DDR war kein gerechter Staat, denn in ihr lebten Menschen, die nicht frei von Gier, Neid und Missgunst waren. Es wurde denunziert, es wurde missbraucht, es gab Kriminalität. Letztendlich hat der Wille einer breiten Masse zur materiellen Veränderung dazu geführt, dass genau das passiert ist, was viele Ostdeutsche beklagen. Wäre es nicht endlich an der Zeit, dass wir uns kritisch mit unserem Tun auseinandersetzen? Für und Wider zu sehen, ist die Chance zum gleichberechtigten Miteinander.  
Petra Lindner, Freiberg

# Mehr Werbung würde guttun

## Zur Reportage „Daetz-Zentrum am Scheideweg“:

Die Entwicklung um das Daetz-Zentrum zeigt wieder den wachsenden Kulturverfall in unserem Land. Die Ausstellung zeigt Kultur auf hohem Niveau, die Exponate sind von hoher künstlerischer Qualität. So etwas gibt es in Sachsen kein zweites Mal. Sie kann den Kunstsammlungen Dresdens an die Seite gestellt werden. Aber nur wenige wissen, wo sie sich befindet. Mehr Werbung würde dem Daetz-Zentrum und der ganzen Region guttun. Kultur braucht auch Kulturvermittlung.  
Niels Engler, Gornau